

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom

12. Mai 2026

Kantonsratspräsidentin

Widmer Reichlin Gisela

### **A 528 Anfrage Sager Urban und Mit. über die Besetzung, die Funktion und die Weiterentwicklung des Universitätsrates der Universität Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement**

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Ich bin sehr froh, dass der Bildungs- und Kulturdirektor vor dem Mittag gesagt hat, dass ich ihm aus dem Herzen gesprochen habe, aber ich bin ziemlich sicher, dass es jetzt nicht so sein wird. Meine Anfrage zur Führung der Universität Luzern zielt auf eine einfache, aber sehr zentrale Frage: Ist unsere heutige Governance wirklich geeignet, um die Universität in eine stabile und erfolgreiche Zukunft zu führen? Die Antworten des Regierungsrates auf meine Fragen fallen – höflich formuliert – abwehrend aus. Man sieht keinerlei Probleme, keinerlei Risiken und keinerlei Reformbedarf. Wir sprechen hier aber von der einzigen Universität der Zentralschweiz und entsprechend von einer Institution mit grosser Bedeutung für Forschung, Bildung und Entwicklung in unserer Region. Trotzdem hält die Regierung an einem Modell fest, das in der Schweiz zunehmend als überholt bezeichnet werden muss. Ein Universitätsrat, der vom Regierungsrat dominiert wird und einem Bildungs- und Kulturdirektor, der gleichzeitig Aufsichtsbehörde und Präsident des Universitätsrates ist. Das ist ein klassischer Interessenkonflikt. Eine Erkenntnis, die sich in der Hochschullandschaft mehr und mehr durchsetzt. Die Rollen von strategischer Führung, staatlicher Aufsicht und operativer Leitung müssen klar getrennt sein, wenn eine Universität unabhängig, innovativ und glaubwürdig funktionieren soll. Was sagt die Luzerner Regierung zu meinen, zugegeben kritischen Fragen? Man sehe keinen Anlass, etwas zu ändern. Man sehe keine Interessenkonflikte. Man sehe keine Probleme in der Zusammenarbeit des Universitätsrates. Wenn man nicht hinschauen will, sieht man natürlich nichts. Aber unsere Aufgabe als Parlament ist es hinzuschauen, auch gerade dann, wenn der Regierungsrat wegschauen will. Was sind also die Risiken unseres Luzerner Modells? Erstens, fehlende Unabhängigkeit: Wenn der Bildungs- und Kulturdirektor den Universitätsrat präsidiert, ist die Universität politisch sehr eng geführt. Das schwächt die akademische Freiheit und die strategische Eigenständigkeit. Zweitens, mangelnde Transparenz: Die Mandate im Universitätsrat werden nicht öffentlich ausgeschrieben. Die Kriterien bleiben unklar. Das öffnet Tür und Tor für politische oder persönliche Einflussnahme. Drittens, fehlende institutionelle Nähe: Studierende, Mittelbau und die Professorenschaft der Universität, sie alle sind im Universitätsrat nicht vertreten. Das ist nicht mehr zeitgemäss und führt zu einer Distanz zwischen strategischer Führung und akademischer Realität. Es geht mir nicht darum, dass wir

von heute auf morgen alles umkrempeln. Aber ich wünsche mir schon, dass die Regierung nicht wegschaut und die Risiken kleinredet, wie sie das in der Antwort auf meine Anfrage tut. Ich erwarte vom Regierungsrat, dass er das Führungsmodell der Universität ergebnisoffen mit anderen Modellen der Schweiz vergleicht und bereit ist, die Risiken der Governance unserer Universität zu minimieren. Wenn der Schaden erst da ist, ist es zu spät. Leider verspüre ich von dieser Haltung in den Antworten der Regierung wenig bis gar nichts.

Lisa Zanolla: Die Ausführungen der Regierung sind nachvollziehbar und zeigen, dass die Strukturen rund um den Universitätsrat grundsätzlich funktionieren. Gleichzeitig teilen wir die kritischen Punkte der Anfrage in wesentlichen Teilen. Die Besetzung des Universitätsrates ohne öffentliche Ausschreibung ist zwar gesetzlich zulässig, überzeugt aber nicht vollständig. Gerade bei einem strategisch wichtigen Gremium erwarten wir mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Auch bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit und im Umgang mit Interessenkonflikten stützt sich das System stark auf interne Regelungen und Selbstverantwortung. Das ist nicht falsch, verlangt aber eine konsequente und regelmässige Überprüfung. Positiv ist die klare Ausrichtung des Universitätsrates als externes strategisches Organ. Die Aussenperspektive ist wichtig. Dennoch muss sichergestellt sein, dass die Anliegen der Universität genügend Gehör finden. Zur Doppelfunktion des Bildungs- und Kulturdirektors als Präsident des Universitätsrates: Die Regierung verweist auf Effizienz und bewährte Praxis. Dennoch bleibt ein Spannungsfeld bestehen. Die Verbindung von Aufsicht und strategischer Führung in einer Person ist zumindest kritisch zu begleiten. Unser Fazit: Das System funktioniert, aber es ist nicht frei von Schwächen. Wir sehen insbesondere bei Transparenz und Rollenklarheit Verbesserungspotenzial. Für die SVP-Fraktion steht im Zentrum, dass die Universität Luzern effizient geführt wird, klare strategische Schwerpunkte setzt und verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgeht.

Fabrizio Misticoni: Die Antwort des Regierungsrates wurde von Urban Sager eingeschätzt. Wir würden diese ähnlich einschätzen. Einige Punkte sind aus unserer Sicht bemerkenswert und sollten mittelfristig geprüft werden, um eine zeitgemässe Weiterentwicklung anzugehen. Es mag effizient wirken, offene Stellen im Universitätsrat nur mit internen Vorschlägen zu besetzen. Das birgt aber immer die Gefahr, dass sich ein Gremium allzu homogen entwickelt, in Bezug auf strategische Überlegungen aber auch die Repräsentation. Aus unserer Sicht müsste deshalb im Sinn der Transparenz unbedingt geprüft werden, diese Posten allenfalls auszuschreiben. Wir begrüssen es grundsätzlich sehr, dass man mit den einzelnen Mitgliedern Mandatsverträge abgeschlossen hat. Diese garantieren und definieren einen klaren Auftrag und eine klare Verantwortlichkeit im Mandat. In diesen Mandatsverträgen steht zwar, dass die Mitglieder in Ausstand treten müssen, wenn sich ein Interessenkonflikt abzeichnet. Diese Formulierung ist aus unserer Sicht zu zahnlos und verkennt die öffentliche Wahrnehmung in Bezug auf Interessenkonflikte. Was ist, wenn ein solcher Interessenkonflikt nicht erkannt wird oder nicht erkannt werden will? Oder wenn ein solcher Interessenkonflikt nie öffentlich wird oder nicht offensichtlich ist, weil er ja nicht bekannt ist? Diesbezüglich würden wir uns griffigere Handhabungen beziehungsweise Formulierungen und Prüfungen wünschen. Wir sprechen hier nicht von irgendwelchen Vorkommnissen, sondern es geht um die grundsätzliche Haltung und Regelung. Ein Interessenkonflikt ist aus unserer Sicht aber klarer und wird in der Antwort der Regierung nicht als ein solcher gesehen: Die Doppelrolle des Regierungsrates ist für uns Grüne aus Sicht der Governance problematisch. Wir sehen dabei, anders als die Regierung, Konfliktpotenzial und ein Defizit bei der Unabhängigkeit des Universitätsrates. Im Sinn einer Weiterentwicklung sollte man diese politische enge Führung aufweichen oder zumindest überprüfen und in die Zukunft überführen. Gerne verweisen wir dabei auf die hängige Umsetzung der Motion M 280 der Aufsichts- und Kontrollkommission

(AKK), bei der es genau um die Entflechtung der verschiedenen Rollen zwischen Eigner, Besteller und Aufsicht geht. Diese Umsetzung ist noch pendent.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Es ist ein wichtiges Thema, das mit der Motion der AKK bereits bei uns platziert ist. Die Frage lautet, ob unsere Governance genügend ist. Diesbezüglich kann ich Ihre Ausführungen tatsächlich nicht unterstützen. Sie sprechen mir nicht aus dem Herzen, wenn ich das so sagen darf. Das Modell ist nicht überholt. In der Wissenschaft hat sich die Situation wieder verändert. Die aktuellsten Erkenntnisse gehen nicht in diese Richtung, wie von Ihnen dargelegt. Die Wissenschaft ist offen und sagt nicht das eine oder das andere. Die Wissenschaft sagt, dass man es im konkreten Fall prüfen muss. Es kommt darauf an, welche Güter man höher gewichtet. Für uns ist wichtig, dass Interessenkonflikte angesprochen werden. Wir schauen auch nicht weg und prüfen das Modell sehr gut. In der Gesamtregierung durften wir bereits entsprechende Wissenschaftler begrüßen, die uns dazu Auskünfte gaben. Wir wollen alle Hochschulen möglichst gleich halten. Sie als Gesetzgeber haben uns vorgegeben, dass das zuständige Regierungsmitglied beim Konkordatsrat der Hochschule und dem Rat der Pädagogischen Hochschule (PH) das Präsidium übernimmt. So halten es auch die anderen Kantone des Konkordatsrates der Fachhochschule: Nur die Direktorinnen und Direktoren der jeweiligen Departemente nehmen Einsitz. Es wäre speziell, wenn der Kanton Luzern der Einzige wäre, bei dem das nicht so ist. Das wäre ein politischer Widerspruch. Die akademische Freiheit ist gesetzlich vorgegeben, daran sind alle gebunden. Diese ist mit dem heutigen Modell überhaupt nicht infrage gestellt und auch nicht gefährdet, weil das Präsidium des Universitätsrates keine Sonderstellung einnimmt. Es gibt den Sichtentscheid, aber sonst fallen dem Universitätsratspräsidium keine Entscheidungen zu. Was wichtig ist, und das ist letztlich die Frage des Interessenkonflikts: Ist es gut für die Universität, wenn das zuständige Regierungsmitglied im Universitätsrat Einsitz nimmt oder ist es schlecht? Wir sind der Überzeugung, dass es gut ist, weil der Universitätsrat so weiss, was politisch geht und was nicht. Es kommt zu weniger Leerläufen. Die Universität und alle Hochschulen profitieren sicher davon, dass politische Chancen aufgezeigt werden. Zudem haben wir kurze Wege. Das wäre in einem anderen Modell sicher nicht der Fall. Lisa Zanolla hat es richtig gesagt: Das Modell ist nicht frei von Schwächen. Es hängt immer mit den Menschen zusammen, die es letztlich leben. In diesem Bereich sind wir sehr sensibel. Für uns ist es wichtig, dass sich die Hochschulen und speziell auch die Universität gut entwickeln. Dafür wollen wir die entsprechenden Grundlagen erarbeiten. Deshalb ist uns die Prüfung und Umsetzung der AKK-Motion besonders wichtig, damit wir Ihnen eine gute Lösung präsentieren können. Transparenz ist wichtig. Diese Anliegen nehme ich gerne mit, ebenso den Wunsch nach Ausschreibung der entsprechenden Mitglieder des Universitätsrates. Der gesetzliche Rahmen ist relativ eng. Es sind enge Vorgaben die klar definieren, woher die Mitglieder kommen müssen. Wenn wir eine Vakanz haben, sind es meist Personen aus dem gleichen Bereich, die wir einsetzen müssen. Deshalb haben wir bis jetzt den Mehrwert einer Ausschreibung als eher gering erachtet. Lisa Zanolla hat von vielen internen Regelungen gesprochen. Das können wir so nicht bestätigen. Wir arbeiten in Richtung Transparenz, diesbezüglich haben wir tatsächlich noch Nachholbedarf. Das haben wir festgestellt und bereits viele Verbesserungen erreicht. Wir sind gut aufgestellt, unsere Meldestelle, die Stelle für Whistleblowing funktioniert gut. Die Mandatsverträge wurden von Fabrizio Misticoni angesprochen. Diese sind ein gutes Instrument, das wir flächendeckend einsetzen und unbedingt daran festhalten wollen. Insgesamt nehme ich Ihre Ausführungen sehr klar zur Kenntnis. Wir werden sie in die Umsetzung der AKK-Motion einfließen lassen. Wir sind überzeugt, dass es für die Universität, so wie es heute ist, die bessere Lösung ist. In diesem

kritischen Überprüfungsprozess sind wir wie von Ihnen verlangt ergebnisoffen unterwegs. Wir werden Ihnen berichten, was dabei herausgekommen ist. Die Federführung liegt beim Finanzdepartement.